

ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Panel I

Industriestrategie und Energiepolitik

Veranstaltung der Österreichischen Sozialpartner
16. September 2026



1. Industriestrategie

1.1. Empirische Daten

Österreichs Industrie ist eine zentrale Säule der heimischen Wirtschaft. Zum produzierenden Bereich, also der Industrie im weiteren Sinne, zählen unter anderem der Bergbau, die Herstellung von Waren, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Bauwirtschaft. Diese Branchen erwirtschafteten im Jahr 2025 27 % der gesamten Wertschöpfung und beschäftigen mehr als eine Million Menschen – damit ist jede vierte unselbständig beschäftigte Person im produzierenden Bereich tätig. Die Industrie im engeren Sinne umfasst die Warenherstellung und trägt mehr als ein Sechstel zur heimischen Bruttowertschöpfung bei. Im europäischen Vergleich ist Österreichs Industrieanteil überdurchschnittlich hoch und stellt einen wesentlichen Faktor für Beschäftigung, Innovation und wirtschaftliche Stabilität dar.

Österreichs Industrie ist stark exportorientiert. Über 60 % des Umsatzes erzielen die heimischen Betriebe aus der Herstellung von Waren (inkl. Bergbau) durch Exporte. Zwei Drittel der Warenexporte gehen in den europäischen Binnenmarkt. Besonders exportintensiv sind die Papierindustrie, die Fahrzeugindustrie, die Herstellung von IT-relevanten Geräten und Halbleitern sowie die Pharmaindustrie und der Maschinenbau. Maschinen und Fahrzeuge machen mehr als ein Drittel der gesamten Wareneinfuhren aus Österreich aus. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen ist daher von zentraler Bedeutung für Wachstum und Wohlstand in Österreich.

Österreichs wirtschaftliche Stärke beruht auf dem Zusammenspiel aus einer leistungsfähigen Industrie, exzellenter Forschung, qualifizierten Arbeitnehmer:innen und einer starken Sozialpartnerschaft, die gemeinsam die Grundlage für Wohlstand und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit bilden. Dadurch wurde die Industrie zum Treiber des heimischen Wohlstands und Motor für Forschung, Technologie und Innovation. In Österreich gibt es viele hochspezialisierte Industrieunternehmen, die Weltmarktführer in Nischen und Spezialisten sind. Darüber hinaus erfüllt die Industrie eine wichtige Funktion für eine zeitgemäße Ausbildung – sowohl für die Erst- als auch in der Weiterbildung. Die in der Industrie ausgebildeten Lehrlinge sind als eine Zukunftsinvestition für den Industriestandort zu sehen. Gut ausgebildete und qualifizierte Beschäftigte sind entscheidend für weitere Innovations- und Wertschöpfungsprozesse. Besonders in Zeiten geopolitischer Konflikte, technologischer Veränderungen und der Dekarbonisierung sind das Wissen und die Fähigkeiten der Beschäftigten zentrale Voraussetzungen, um den Industriestandort langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln.

Die Industrie besteht nicht nur aus Großunternehmen. Ein Viertel der unselbständig Beschäftigten in der Industrie arbeitet in KMU. Gerade auch kleinere und mittlere Unternehmen tragen wesentlich zur regionalen Wertschöpfung, Innovationskraft und Stabilität industrieller Lieferketten bei.

Der Industriesektor Österreichs verzeichnete seit Jahrzehnten ein dynamisches Wachstum, welches das Land im europäischen Vergleich als Wirtschaftsstandort immer weiter nach vorne brachte. Der mit dem Ukrainekrieg in Zusammenhang stehende Energiepreisschock löste jedoch eine Rezession aus, welche der Industrie schwer zusetzte und von welcher sie sich



bislang noch nicht erholt hat. In Österreich gingen im Zeitraum 2022 bis 2025 insgesamt 7,3 % an Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren verloren. Im selben Zeitraum gingen die österreichischen Warenexporte um 4,3 % zurück (Quelle: Eurostat). Diese Entwicklung verdeutlicht die hohe Sensibilität der österreichischen Industrie gegenüber geopolitischen Krisen und externen wirtschaftlichen Schocks.

1.2. Herausforderungen

Österreichs industrie- und innovationspolitische Stärke beruht auf einem historisch gewachsenen Modell wirtschaftlicher Entwicklung, das eine leistungsfähige industrielle Basis, international wettbewerbsfähige Unternehmen, starke Grundlagenforschung und Innovationskompetenzen in zentralen Schlüsseltechnologien, ein dichtes Netzwerk von Forschungseinrichtungen und Betrieben sowie ein Bildungssystem mit einer international anerkannten dualen Ausbildung verbindet. Qualifizierte Arbeitnehmer:innen, betriebliche Erfahrung und eine enge Zusammenarbeit von Wirtschaft und Arbeitnehmer:innenvertretungen und Staat bilden dabei die Grundlage für technologische Weiterentwicklung, hohe Produktivität und nachhaltigen Wohlstand. Die Sozialpartnerschaft hat wesentlich dazu beigetragen, wirtschaftliche Stabilität, gute Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit und langfristige Entwicklungsperspektiven zu schaffen und ist ein zentraler Bestandteil der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit Österreichs. Gleichzeitig sind die Herausforderungen, denen die österreichische Industrie gegenübersteht, enorm: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit steht unter Druck in Hinblick auf hohe Energie- und Arbeitskosten, sinkendes Produktivitätswachstum und einseitige Abhängigkeiten von strategisch wichtigen Gütern wie Rohstoffen, Energieträgern und Halbleitern sowie zunehmend handelsprotektionistischen und industriepolitischen Maßnahmen wichtiger Handelspartner. Der überdurchschnittlich starke Anstieg der Inflation in Österreich, ausgelöst durch Energiepreisschocks und in der Folge steigende Produktionskosten, einen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus sowie ein Nachziehen der Lohnsteigerungen, hat zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit beigetragen und belastet die Exportentwicklung. Im Zeitraum 2022 bis 2025 verzeichnete Österreich vor dem Hintergrund eines insgesamt schwächelnden internationalen Handels, einer schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern – insbesondere am Binnenmarkt – und gestiegener Unsicherheit einen Rückgang der heimischen Warenexporte um insgesamt 4,3 %.

Die industriellen Strompreise lagen im vierten Quartal 2025 weiterhin um rund 40 % über dem Niveau vor dem Ukrainekrieg ([OECD](#)) und bringen Österreich damit innerhalb der EU in einen Wettbewerbsnachteil. Österreichs hohe Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern (rund 60 %) macht die Wirtschaft anfällig für externe Preisschocks und geopolitische Risiken. Die jüngste Eskalation des Konflikts im Nahen Osten hat erneut Aufwärtsdruck auf Öl- und Gaspreise ausgelöst, mit unmittelbaren Effekten auf die Treibstoffpreise, die sich verzögert auch in den Gas- und Haushaltsenergiekosten bemerkbar machen werden. Insbesondere energieintensive Industriebetriebe stehen dadurch unter erheblichem wirtschaftlichem Druck.

Ebenso stellen die derzeitigen Technologiesprünge eine Herausforderung für die Industrie, ihre Beschäftigten, aber auch für die Koordinierung und Steuerung der Innovationssysteme



dar. Während Europa und insbesondere Österreich aufgrund seiner exzellenten Forschung und Entwicklung – sowohl im Grundlagenbereich als auch in der angewandten Forschung – gut aufgestellt sind, stellen sich bei der Überleitung und Diffusion von Innovationen und Technologien Herausforderungen. Transsektorale Transformationsprozesse, wie sie beispielsweise durch Robotik oder Künstliche Intelligenz entstehen, führen zu neuen Anforderungen an die Koordinierung des Innovationssystems. Gleichzeitig müssen in einer kleinen offenen Volkswirtschaft, die stark von der Struktur und Ausgestaltung internationaler Wertschöpfungsnetzwerke abhängig ist, strategisch und gezielt Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt werden. Entscheidend wird sein, Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Anwendungen und industrielle Wertschöpfung zu überführen.

Zudem bestehen strukturelle Herausforderungen durch den zunehmenden Wettbewerb aus Asien: Insbesondere China hat sich von einem Hersteller einfacher, preisgünstiger Waren zu einem Produzenten hochwertiger Technologiegüter gewandelt. Durch den Export von Produkten mit höherem Technologiegehalt konkurriert China zunehmend in ähnlichen Marktsegmenten wie Österreich. Die Überschneidung zwischen der österreichischen und der chinesischen Exportstruktur hat deutlich zugenommen – insbesondere bei Maschinen, Elektronik und Metallen. Zwischen 2003 und 2023 stieg der Anteil jener österreichischen Exporte, bei denen Österreich und China direkte Wettbewerber sind, von 7,5 % auf 13 % (gemessen an der Anzahl der Produkte) bzw. von 16 % auf 26 %, gemessen am Produktwert ([QeNB](#)). Dadurch steigt der Wettbewerbsdruck insbesondere in technologie- und exportorientierten Branchen deutlich an.

Österreichs Exporte sind auf wenige Sektoren konzentriert – insbesondere Maschinen (25 %) und Transportausrüstung (14 %) –, was die Anfälligkeit für sektorspezifische Schocks erhöht ([OECD](#)). Gleichzeitig führt die starke Fokussierung auf Investitionsgüter wie Maschinen und Fahrzeuge zu einer Spezialisierung auf reife Branchen im mittleren Technologiesegment, die typischerweise nicht so dynamisch wie Hochtechnologiebranchen wachsen und zudem vermehrt chinesischer Konkurrenz ausgesetzt sind. Die USA haben einen wesentlich stärkeren Fokus auf Hochtechnologien wie IT und Biotechnologie als Österreich und die EU insgesamt. Um die Vorteile, die digitale Technologien wie KI bieten, stärker innerhalb der Industrie zu nutzen und verstärkt digitale Innovationen hervorzubringen, gilt es, die Digitalisierung der Industrie voranzutreiben und Schlüsseltechnologien zu stärken. Dies erfordert gezielte Investitionen in digitale Infrastruktur, Forschung, Qualifizierung und technologieorientierte Unternehmensgründungen.

Österreichs Exportwirtschaft hat neben seiner starken Ausrichtung auf Investitionsgüter auch einen klaren Fokus auf den europäischen Binnenmarkt sowie insbesondere auf den in den letzten Jahren schwach wachsenden deutschen Markt. Die Warenexportentwicklung könnte von einer intensiveren Exportverflechtung mit dynamischen Wachstumsmärkten – etwa in Asien – profitieren. Eine stärkere Diversifizierung der Exportmärkte könnte dazu beitragen, wirtschaftliche Risiken breiter zu streuen und neue Wachstumspotenziale zu erschließen.

Ziel muss die nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie sein. Diese bemisst sich vor allem an der Fähigkeit einer Volkswirtschaft, langfristig produktiv, innovativ und anpassungsfähig zu bleiben. Die Forschungstätigkeit von Unternehmen, die



Qualifikationen der Beschäftigten, die Qualität öffentlicher Institutionen, leistungsfähige Infrastrukturen sowie wettbewerbsfähige Energiepreise spielen neben der Arbeitsproduktivität eine wichtige Rolle. Diese strukturellen Faktoren sind hochrelevant dafür, ob eine Volkswirtschaft hochwertige, differenzierte und technologisch anspruchsvolle Produkte hervorbringen und erfolgreich auf den internationalen Märkten platzieren kann.

Darüber hinaus sind stabile wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit wesentliche Voraussetzungen, um Investitionen und industrielle Wertschöpfung nachhaltig in Österreich zu halten.

1.3. Forderungen der österreichischen Sozialpartner

- Die Sozialpartner waren maßgeblich an der Ausarbeitung der Industriestrategie beteiligt. Dabei wurden insgesamt 117 konkrete Maßnahmen definiert. Diese gilt es nun rasch und zielgerichtet umzusetzen sowie gemeinsam mit den Sozialpartnern weiterzuentwickeln und regelmäßig an neue wirtschaftliche und technologische Entwicklungen anzupassen (im Rahmen der „Task Force Industrie“). Ein begleitendes Monitoring ist erforderlich, um Fortschritte messbar zu machen und die Wirksamkeit der Maßnahmen laufend evaluieren zu können.
- Aus Sicht der Sozialpartner sind zur Stärkung der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere folgende Maßnahmen zentral; entsprechend sind sie auch in deren Umsetzung einzubinden:
 - Schließung der „Governance-Lücke“: Zuständigkeiten zwischen Ministerien, Förderstellen und Programmen sollten besser koordiniert werden, damit weniger Doppelgleisigkeiten und Reibungsverluste entstehen. Angestrebt werden sollte ein „Whole-of-Government-Ansatz“, bei dem ressortübergreifend gearbeitet und an einem Strang gezogen wird. Ziel ist des Weiteren ein integriertes Innovationsökosystem mit gezielter Missionsorientierung, adaptivem Rahmen und Qualifizierungsinfrastruktur.
 - Die derzeitigen Zuständigkeiten und Maßnahmen in den Bereichen Industrie, Umwelt- und Anlagenrecht, Forschung, Innovation, Bildung und Qualifizierung sollen deutlich besser aufeinander abgestimmt werden. Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen und öffentliche Stellen sollen enger zusammenarbeiten, um Innovationen schneller entwickeln und in die Praxis umsetzen zu können. Dabei braucht es klare gemeinsame Ziele – etwa in den Bereichen Digitalisierung, Energiewende oder neue Technologien – flexible Rahmenbedingungen sowie ein modernes Aus- und Weiterbildungssystem, damit ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Dafür ist ein abgestimmtes Vorgehen der beteiligten Ministerien bzw. Verwaltung erforderlich („Whole-of-Government-Ansatz“).
 - Rasche Umsetzung der Schwerpunkte der FTI-Strategie 2027–2029
 - Die zentralen Maßnahmen der Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie (FTI-Strategie) 2027–2029 sollen rasch umgesetzt werden,



damit Forschungsergebnisse schneller in neue Technologien, Innovationen und wirtschaftliche Wertschöpfung überführt werden können.

- Förderung einer strategischen Schwerpunktsetzung und einer stärkeren europäischen Wertschöpfung, um die wirtschaftliche und technologische Unabhängigkeit Europas zu erhöhen. Dabei sollen insbesondere Zukunfts- und Schlüsseltechnologien gezielt ausgebaut und besser miteinander vernetzt werden. Förderprogramme und Förderagenturen sollen stärker darauf ausgerichtet werden, Unternehmen bei der raschen Überführung von Innovationen in industrielle Anwendung und Skalierung gezielt zu unterstützen.
 - Gleichzeitig soll die Versorgungssicherheit bei kritischen Rohstoffen, Energie, Vorprodukten und Dateninfrastrukturen verbessert werden. Dafür braucht es eine stärkere europäische Zusammenarbeit sowie den Ausbau eigener Produktions- und Verarbeitungskapazitäten innerhalb Europas, um Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren. Für dennoch erforderliche Importe aus Drittländern ist auf eine ausreichende Diversifizierung der Lieferländer und -routen zu achten.
 - Darüber hinaus sollen öffentliche Aufträge stärker genutzt werden, um Innovationen zu fördern und neue Märkte für Zukunftstechnologien zu schaffen. Die öffentliche Hand kann dadurch gezielt zur Entwicklung sogenannter Leitmärkte beitragen.
 - Zusätzlich sollen Experimentierräume für Sprunginnovationen geschaffen werden, in denen neue Technologien unter flexibleren Rahmenbedingungen entwickelt und getestet werden können. Gleichzeitig soll die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbereiche sowie die Verbreitung neuer Technologien und Innovationen in der gesamten Wirtschaft gestärkt werden.
- Strategische Verankerung von Bildung, Fähigkeiten und Kompetenzen
 - Systematische Verzahnung von Industrie-, Innovations- und Bildungspolitik
 - Stärkung der dualen Ausbildungssysteme
 - Investitionen in MINT- und Zukunftskompetenzen entlang der Bildungsstufen
 - Förderung einer breiten Kompetenzbasis (digitale und grüne Kompetenzen sowie Problemlösungs- und Systemkompetenz im Umgang mit neuen Technologien).
 - Förderung von Re-skilling und Up-Skilling entlang neuer Anforderungen der Transformation und technologischen Diffusion.
 - Durchgehende Talentförderung von der Bildung bis zur Weiterbildung ermöglichen
 - Förderung eines niedrigschwelligen Zugangs zu Tech-Kompetenzen mit gezielten Programmen für Quereinsteiger:innen und Förderung der Diversität.
 - Role Models & Sichtbarkeit durch aktive Förderung von Vorbildern in Zukunftsberufen sowie Austauschformate zur Talentförderung.
 - Erhöhung des Fachkräftepotenzials durch Volldigitalisierung der Rot-Weiß-Rot-Card



- Verschaffen sich andere große Volkswirtschaften oder Wirtschaftsräume unfaire Wettbewerbsvorteile, etwa durch Subventions- oder Währungspolitik, so sind diese politisch zu adressieren. Hierbei ist die Bundesregierung gefragt, auf europäischer Ebene die dafür notwendigen handelspolitischen Maßnahmen einzufordern und zu unterstützen. Dabei gilt es, stets darauf zu achten, dass das Ziel jeglicher Intervention auf dem Feld der Handelspolitik die (Wieder)Herstellung des internationalen *Level-Playing-Field* bleibt, und keine protektionistische Motivation zugrunde liegt.
- Regionale Wertschöpfung in der Beschaffung bzw. im Vergabewesen
 - Die bestehenden Spielräume bei Kriterien zur Förderung der regionalen Wertschöpfung im Vergabewesen müssen konsequent genutzt werden. Diese Kriterien sollten unter anderem im EU-Vergaberecht verstärkt berücksichtigt werden.
 - Die Direktvergabe muss erhalten bleiben.
 - Die Schwellen für die Direktvergabe müssen an die inflationsbedingt gestiegenen Kosten angepasst werden.
- Reformen des EU-Vergabewesens
 - Qualitative Kriterien wurden von der EU in vielen Bereichen festgelegt. Diese Kriterien sollten in der EU-Vergabepaxis zur Stärkung von Wirtschaft und Beschäftigung im Binnenmarkt verstärkt berücksichtigt werden.
 - Der Vergabe an jeweils nationale oder europäische Unternehmen muss, so weit wie möglich, Vorrang eingeräumt werden und ist rechtlich abzusichern.
 - Local Content Requirements sollen eine kooperative Handelspolitik unterstützen, ohne den Binnenmarkt abzuschotten.
- Für die zukünftige Entwicklung der österreichischen Exporte ist es entscheidend, den EU-Binnenmarkt zu stärken, Absatzmärkte außerhalb der EU stärker zu erschließen und einseitige Absatzrisiken, die durch eine starke Konzentration auf wenige Märkte entstehen können, zu verringern. Gleichzeitig soll sich die österreichische Exportwirtschaft darum bemühen, sich stärker auf Produkte und Dienstleistungen mit höherem Technologieanteil und größerer Innovationskraft auszurichten, da die weltweite Nachfrage in diesen Bereichen wächst.



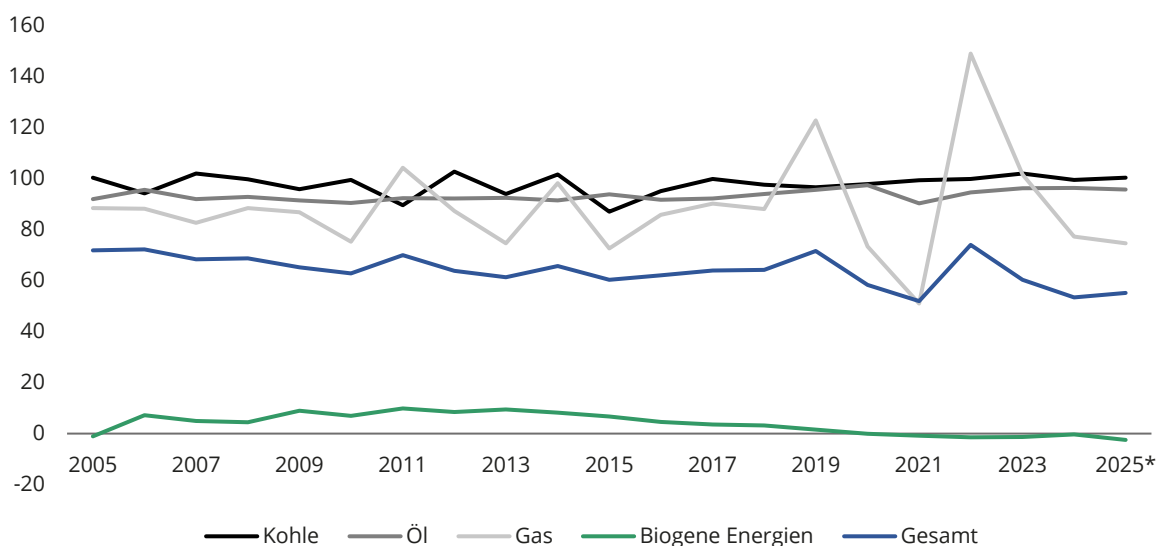
2. Energiepolitik

2.1. Empirische Daten

Im Jahr 2024 wurden 61 % des österreichischen Bruttoinlandsverbrauchs (BIV) an Energie durch fossile Energieträger gedeckt (Energiebilanz 2024). Rund 90 % dieser fossilen Energieträger werden importiert. Sie stammen überwiegend aus wenigen dominierenden Importländern, beispielsweise wird kasachisches Öl über die CPC-Pipeline nach Noworossijsk bezogen. Nur rund 6 % unseres Erdgas- sowie des Rohölbedarfs können wir durch heimische Förderung decken. Dadurch entsteht eine strategische Abhängigkeit Österreichs von externen Akteuren und internationalen Entwicklungen, die nur begrenzt beeinflussbar sind. Weiters sorgen Energieimporte für erhebliche Zahlungsströme aus Österreich in andere Länder. Im Jahr 2025 wurden rund 8 Milliarden Euro für Energieimporte ausgegeben; eine stärkere heimische Energieerzeugung könnte einen Teil dieser Zahlungsströme ins Inland verlagern.

Nettoimporttangente

In Prozent 2005 – 2025



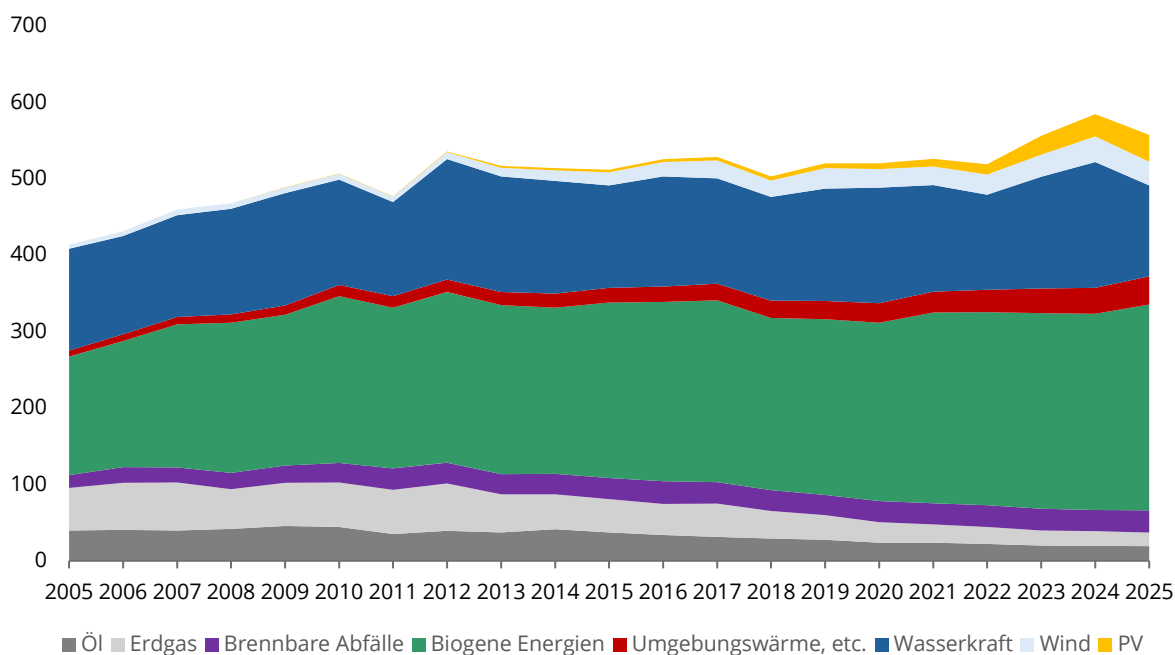
Quelle: Statistik Austria, Energiebilanz 2025, basierend auf BMWET: [Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten. 2026](#)

Ein ambitionierter Ausbau aller erneuerbaren Energietechnologien, bei gleichzeitigem Ausbau der notwendigen Infrastruktur (Leitungen und Speicher) sowie die Steigerung der Energieeffizienz sind daher zwingend erforderlich. Nur so kann die ökologische Transformation gelingen. Gleichzeitig bietet dieser Transformationsprozess die Chance, Wertschöpfung, Innovation und technologische Kompetenz verstärkt im Inland aufzubauen und langfristig abzusichern. Am Weg in Richtung Dekarbonisierung werden fossile Energieträger weiterhin eine Rolle spielen, um den Energiebedarf zu decken, die Versorgung sicherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Im Sinne der Versorgungssicherheit ist der Einsatz von flexiblen Gaskraftwerken notwendig. Zwar macht der Anteil der Erneuerbaren an der Stromproduktion über das gesamte Jahr betrachtet inzwischen über 90 % aus. Doch in den Wintermonaten sinkt dieser Anteil drastisch. So betrug er etwa im Jänner 2026 nur mehr rund 60 %. Rund 20 % des Primärenergieverbrauchs werden durch Strom gedeckt.

Inländische Primärenergieerzeugung

Nach Energieträgern in Petrajoule 2005 – 2025



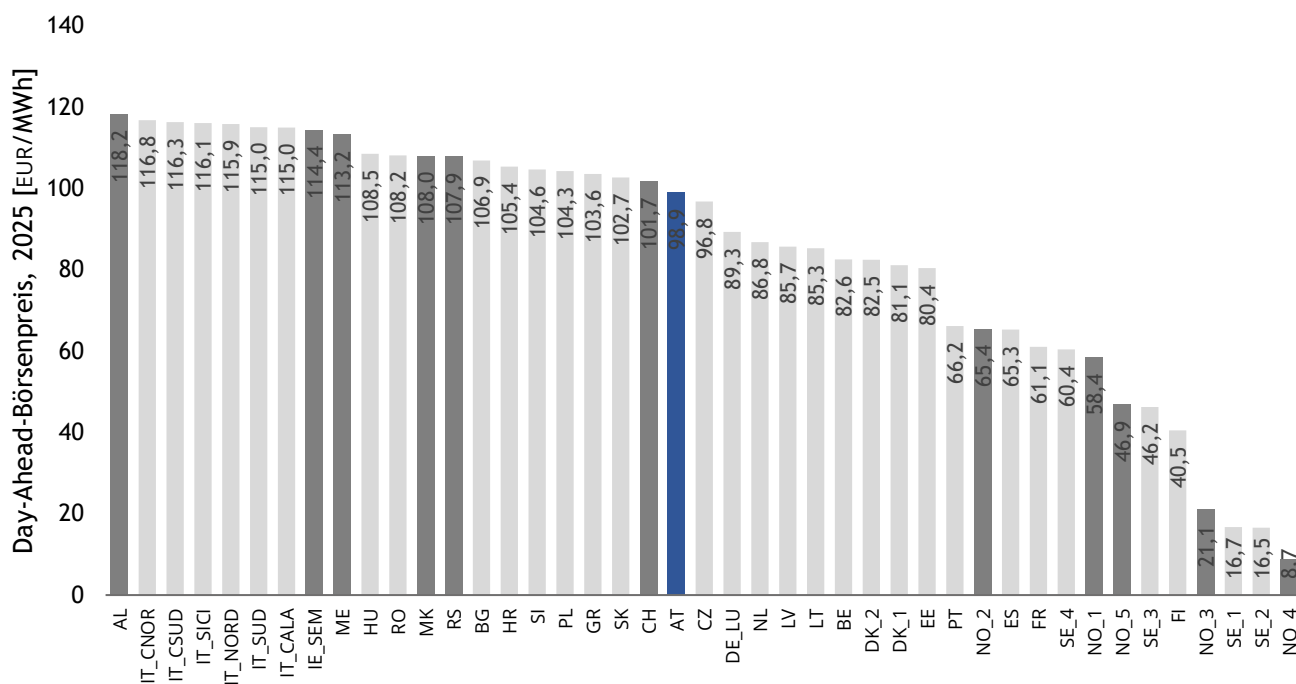
Quelle: Statistik Austria, Energiebilanz 2025, basierend auf BMWET: [Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten. 2026](#)

In Hinblick auf den Ausbau erneuerbarer Energien wird sich der Bedarf an Infrastruktur – sowohl Speicher als auch Netze – deutlich erhöhen.

Eine Energieversorgung, die auf Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Leistbarkeit beruht, ist für Unternehmen, private Haushalte sowie die Land- und Forstwirtschaft ein wesentlicher Standort-, Wettbewerbs- und Wohlfahrtsfaktor.

Durchschnittliche Day-Ahead-Strompreise europäischer Gebotszonen

EU und Nicht-EU, 2025



Notizen: Dargestellt sind die durchschnittlichen Day-Ahead-Strompreise der im verwendeten ENTSO-E-Datensatz enthaltenen europäischen Gebotszonen vollständiger Datenverfügbarkeit im Jahr 2025. Österreich ist orange hervorgehoben. EU-Gebotszonen sind blau, übrige europäische Gebotszonen gelb dargestellt. Quelle: Eigene Berechnung Liebensteiner Mario (2026) basierend auf Daten der ENTSO-E (2026) Transparency Platform.

2.2. Herausforderungen

Die verschärften Krisen auf globaler Ebene verdeutlichen abermals den dringenden Handlungsbedarf, die Versorgungssicherheit durch die bestmögliche Nutzung aller europäischen Energieressourcen zu erhöhen. Dabei muss die optimale Weiterentwicklung der verfügbaren Technologien zur erneuerbaren Energieerzeugung und zur Energieeffizienzsteigerung entsprechend priorisiert werden. Eine der größten Herausforderungen stellt dabei die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus Drittstaaten und die gleichzeitig geringe Diversifikation der Energieimporte dar, wodurch keine langfristige Garantie für Versorgungssicherheit und stabile Energiemärkte gewährleistet werden kann.

Kriege, Krisen und geopolitische Unsicherheiten führen zu massiven Preisschwankungen auf den globalen Energiemärkten und belasten energieintensive Unternehmen ebenso wie die gesamte österreichische Wirtschaft und Bevölkerung. Diese Entwicklungen wirken sich unmittelbar auf Produktionskosten, Inflation, Investitionssicherheit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich aus. Regulatorien, wie CBAM und ETS, stellen eine zusätzliche Herausforderung dar.

Hohe Energiepreise sind dabei nicht nur ein konjunkturelles, sondern ein strukturelles Problem für den Standort. Laut dem Draghi-Bericht zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit zahlen Industrieunternehmen in der EU in den Jahren 2023/24 für Strom das Zwei- bis Dreifache und für Erdgas das Vier- bis Fünffache im Vergleich zu Wettbewerbern in den USA und China.

Dieser Preisnachteil belastet nicht nur energieintensive Branchen, sondern bremst auch die dringend notwendige Dekarbonisierung von Industrie, Wärme und Verkehr. Damit wird auch die Energiewende selbst gebremst. Die Umsetzung ist im Detail herausfordernd. Nur durch langfristige Planbarkeit und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen können die dafür notwendigen privaten und öffentlichen Mittel mobilisiert werden. Verzögerungen bei zentralen Gesetzesvorhaben bremsen Investitionen, schaffen Planungsunsicherheit und behindern den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Vor allem langfristige Infrastruktur- und Industrieprojekte benötigen verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen, um Investitionsentscheidungen treffen zu können.

Auch der dadurch notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien bringt Herausforderungen: Im Strombereich führt der zunehmende Ausbau volatiler erneuerbarer Energien ohne ausreichenden Netzausbau, Speicherkapazitäten und Flexibilitätsmechanismen immer häufiger zu Stromüberschüssen und Negativpreisen am Markt. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit eines synchronisierten Ausbaus von Erzeugung, Netzinfrastruktur, Speichertechnologien und Flexibilitätslösungen. Allein der Ausbau der österreichischen Stromnetze erfordert laut Österreichs Energie bis 2040 über 53 Milliarden Euro. Da diese Kosten überwiegend über die Netzentgelte finanziert werden, erhöht sich der Druck auf eben jene Entgelte. Besondere Beachtung erfordern die saisonalen Unterschiede der Energieproduktion und des Energiebedarfs im Sommer- und Winterhalbjahr, der Investitionsbedarf in saisonübergreifende Speichertechnologien und sektorübergreifende Lösungen zur jahresdurchgängigen Steigerung der Versorgungssicherheit in allen Anwendungsbereichen.

Nicht nur im Elektrizitätsbereich, sondern auch in anderen Bereichen, wie dem Wärme- und Verkehrssektor stehen große energiepolitische Herausforderungen an. Der hohe Anteil an fossilen Energieträgern sorgt dort für hohe Preisrisiken bei fossilen Energiepreisschocks. Zudem steigt das Risiko für gestrandete Investitionen, also für Investitionen in fossile Anlagen und Infrastrukturen, die aufgrund der Dekarbonisierung, neuer regulatorischer Vorgaben oder veränderter Marktbedingungen ihren wirtschaftlichen Wert vorzeitig verlieren können. Das gilt beispielsweise für das Gasnetz. Denn die Gasnetznutzung ist in den vergangenen Jahren bedingt durch rückläufige Transite und weniger inländische Gasnutzung zurückgegangen, was zu einem drastischen Anstieg der Gasnetzentgelte geführt hat. Denn die Kosten für das Gasnetz müssen auf immer weniger Nutzer:innen umgelegt werden. Künftig droht sich dieser Trend fortzusetzen und zu verstärken. Im Verkehrssektor ist die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern besonders hoch. Der notwendige Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die Dekarbonisierung des motorisierten Individualverkehrs und der schweren Offroad-Baumaschinen und des Lastverkehrs stellen ebenfalls eine große Herausforderung dar. Gerade in diesen Bereichen ist technische Weiterentwicklung erforderlich, um eine realistische und wirtschaftlich tragfähige Transformation zu ermöglichen.



Damit die Energiewende gelingen kann, ist ein sozial verträglicher und wirtschaftlich tragfähiger Ausbau der Erneuerbaren notwendig. Die Energiewende muss so kosteneffizient wie möglich erfolgen und die Kosten müssen fair verteilt werden. Schlussendlich müssen die Kostenvorteile von erneuerbaren Energien auch in der Form von leistbaren Preisen bei allen Verbraucher:innen ankommen.

2.3. Forderungen der österreichischen Sozialpartner

Zentrale energiepolitische Leitlinien

- Um die österreichische Energieversorgung resilient zu gestalten und die Klimaziele zu erreichen, ist eine standortverträgliche, rasche und weitgehende Dekarbonisierung des Wirtschafts- und Energiesystems notwendig. Diese muss vor dem Hintergrund des energiepolitischen Dreiecks aus Versorgungssicherheit, der Leistbarkeit für Unternehmen, Haushalte und landwirtschaftliche Betriebe sowie Nachhaltigkeit stattfinden.
- Ein ambitionierter und EU-weit koordinierter Erneuerbaren-Ausbau, bei gleichzeitigem Aus- und Umbau der notwendigen Infrastruktur (Leitungen und Speicher) sowie die Steigerung der Energieeffizienz sind daher zwingend erforderlich. Nur so kann die ökologische Transformation gelingen und die Resilienz gegenüber externen Preisschocks gestärkt werden.
- Ein gut diversifiziertes System von Lieferländern und -routen bei jenen Energieträgern, für die es keine ausreichende Produktion im Inland bzw. innerhalb der EU gibt, sowie ein funktionierender europäischer Energiebinnenmarkt sind daher eine wesentliche Voraussetzung für die Energieversorgungssicherheit. Denn heute wie auch in Zukunft wird Österreich nicht gänzlich ohne Importe auskommen. Der Ausbau erneuerbarer Energien sowie der dafür notwendige Umbau der Netzinfrastuktur müssen rasch vorangetrieben werden. Dabei sollen unterschiedliche Technologien genutzt werden, um die besten und effizientesten Lösungen zu ermöglichen. Gleichzeitig soll verstärkt auf in Europa verfügbare Rohstoffe, Unternehmen und Hersteller gesetzt werden, damit die Energiewende auch zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und regionalen Wertschöpfung beiträgt.
- Gleichzeitig muss die Digitalisierung des Energiesystems forciert und die dazugehörige Cybersecurity sowie physische Sicherheit weiterentwickelt werden, um die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleisten zu können. Mit der zunehmenden Vernetzung von Erzeugungs-, Speicher- und Verbrauchssystemen steigt auch die Bedeutung robuster digitaler Sicherheitsstrukturen, um potenzielle Angriffe, Ausfälle oder Manipulationen frühzeitig verhindern zu können.

Netze, Infrastruktur und Ausbau

- Der Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Umbau der dafür notwendigen Infrastruktur – etwa Stromnetze, Speicher und Leitungen – soll schneller und besser aufeinander abgestimmt erfolgen. Auch auf den ländlichen Raum muss dabei geachtet werden. Dafür sollen – unter Wahrung der unterschiedlichen Interessen – Genehmigungsverfahren deutlich vereinfacht und beschleunigt werden, damit neue Energieanlagen und die notwendige Infrastruktur gleichzeitig und koordiniert umgesetzt werden können.
- Die Kosten für den Aus-, Umbau und die Modernisierung der Netzinfrastuktur sollen verursachungsgerecht verteilt werden. Dabei ist es wichtig – neben der Mobilisierung von

privatem Kapital - sowohl öffentliche Finanzierungsinstrumente als auch EU-Mittel stärker zu nutzen, um die Belastung für Haushalte, Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe zu verringern und die Gesamtkosten des Energiesystems möglichst zu senken.

- Auch in Zukunft muss sichergestellt sein, dass es ausreichende strategische Reserven von geeigneten Energieträgern gibt, um die Energieversorgung langfristig zu sichern. Derartige künftige strategische Reserven sollten zumindest eine 90-tägige Versorgung gewährleisten.
- Bei der Dekarbonisierung der Unternehmen ist Elektrifizierung ein entscheidender Hebel. Bestimmte energieintensive Sektoren werden auch zukünftig auf gasförmige Energieträger angewiesen sein. Es braucht eine Einbettung in eine umfassende und klare nationale Strategie für Wasserstoff und Biogas, um Planungssicherheit für Unternehmen und Investitionen zu schaffen.
- Es sind Rahmenbedingungen für die Produktion, Beimischung und Nutzung sowie für den gezielten Ausbau erneuerbarer Energieträger zur Dekarbonisierung der nicht oder nur schwer zu elektrifizierenden Bereiche (z. B. schwere Industriemaschinen, Landwirtschaft, Luft- und Schifffahrt) zu schaffen. Wo technisch und ökonomisch erneuerbare Gase nicht sinnvoll sind (z. B. Raumwärme), braucht es attraktive Alternativen.
- Zudem ist der gesetzliche und regulatorische Rahmen für eine zukunftsfitte Gas- und Wasserstoffinfrastruktur zu schaffen. Ziel muss eine kosteneffiziente und den Anforderungen entsprechende Netzinfrastruktur sein. Die Vorgaben des EU-Gas- und Wasserstoffbinnenmarktpakets sind hierfür zügig umzusetzen.
- Die Umsetzung der im Regierungsprogramm genannten Maßnahmen zur Netzkostensenkung ist zu forcieren, insbesondere öffentliche Garantien und Haftungen.
- Zur Förderung des vorausschauenden Ausbaus der Infrastruktur für Strom, erneuerbare Gase sowie CO₂ ist auch verstärkt auf europäische Gelder zurückzugreifen, um die Kostenbelastung bei den Kund:innen zu dämpfen. Diese Notwendigkeit ergibt sich insbesondere aus der zentraleuropäischen Lage sowie der Rolle Österreichs als Transitland.
- Die neue „Nationale Ausweichklausel“ (National Escape Clause – NEC¹) für Investitionen im Energiebereich ist in Anspruch zu nehmen.

¹ Hintergrund: Die nationale Ausweichklausel (National Escape Clause/NEC) ist eine EU-Regel, die es Mitgliedstaaten unter außergewöhnlichen Umständen erlaubt, vorübergehend von den strengen EU-Haushalts- und Schuldenregeln abzuweichen. Derzeit liegt der Fokus auf Verteidigungsausgaben. COM(2026) 200 final - 2026 European Semester - Spring Package sieht darüber hinaus Flexibilitäten für energiebezogene Unterstützungsmaßnahmen vor, die genutzt werden sollen.

Markt, Preise und Regulierung

- Energie ist als Teil der Daseinsvorsorge nicht nur lebenswichtig, sondern auch entscheidend für den Wirtschaftsstandort. Die Energieversorgung für Haushalte, landwirtschaftliche Betriebe und Unternehmen muss – auch in Krisensituationen – zu leistbaren und wettbewerbsfähigen Preisen sichergestellt werden. Gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur optimalen Nutzung von Energiesparpotenzialen zu verbessern. Ziel muss eine leistbare, sichere und nachhaltige Versorgung mit Energie in der EU sein.
- Der gesetzliche und regulatorische Rahmen für den gesamten Energiemarkt muss sicherstellen, dass die Kostenvorteile von erneuerbarer Energieproduktion in der Form von leistbaren Preisen bei allen Verbraucher:innen ankommen. Zudem braucht es mehr Transparenz bezüglich der preissetzenden Technologien. Weiters muss die Effizienz bei der Erneuerbaren-Förderung erhöht werden und die Systemkosten für die Verbraucher:innen minimiert werden.
- Strompreise sollen durch eine krisenfeste Reform des EU-Strommarktes stabiler und besser planbar werden. Ziel ist es, die starke Abhängigkeit des Strompreises vom Gaspreis zu verringern und wirksame Mechanismen einzuführen, die extreme Preisschwankungen begrenzen. Zusätzlich sollen nationale Möglichkeiten geprüft werden, um im Krisenfall stärker auf die Preisbildung Einfluss nehmen zu können.
- Die im Elektrizitätswirtschaftsgesetz enthaltenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen sind zu erfüllen, um der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft kostengünstigen Strom, insbesondere solchen aus erneuerbaren Energiequellen, mit einem hohen Versorgungssicherheitsniveau zur Verfügung zu stellen.
- Ein verbesserter Rahmen für Power Purchase Agreements und weitere Maßnahmen sollen sicherstellen, dass sinkende bzw. günstige Energiepreise tatsächlich und rasch an Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und Haushalte weitergegeben werden.
- Überschießende Berichts- und Zertifizierungspflichten bei nachhaltigen Energieträgern (wie z.B. für Biomasse) sollen vermieden werden, wenn sie Investitionen in erneuerbare Energietechnologien erschweren oder wirtschaftlich unattraktiv machen.



BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Karin Steigenberger, WKÖ
Thomas ZOTTER, AK Wien
Maria KAUN, WKÖ (Stellvertretung)
Nikolai SOUKUP, AK Wien (Stellvertretung)

MITGLIEDER

Rolf GLEIBNER, WKÖ
Alfred HEITER, IV-Ö
Claudia HUBER (Vorsitz), WKÖ
Peter KALUZA (Vorsitz), LKÖ
Ralf KRONBERGER, WKÖ
Mattias MUCKENHUBER, ÖGB
Sybille PIRKLBAUER, AK-Wien
Angela PFISTER (Vorsitz), ÖGB
Martin REITER, ÖGB
Christa SCHLAGER, AK Wien
Peter SCHLEINBACH, PRO-GE
Matthias SCHNETZER, AK Wien
Tobias SCHWEITZER (Vorsitz), AK Wien
Andreas THURNER, LKÖ
Johann ZIMMERMANN, LKÖ

STÄNDIGE EXPERTEN

Bettina CSOKA, AK OÖ
Gabriel FELBERMAYR, WIFO
Silvia HOFBAUER, AK Wien
Erich KÜHNELT, WKÖ
Christine MAYRHUBER, WIFO (Stellvertretung)
Jürgen STREITNER, WKÖ

WEITERE MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE ZU PANEL I

Kasimir NEMESTOTHY, LKÖ
Martin WETTE, LKÖ
Verena GARTNER, WKÖ
Julia BORRMANN, WKÖ
Joel TÖLGYES, AK Wien

